

Dresdner Volkszeitung

Poststedttono: Dresden,
Haben & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banfttono:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Zittau.

Belegpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 45,00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 155,00 M., unter Auenland für Deutschland monatlich
87,00 M., Einzelnummer 2,50 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Berliner Platz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Berliner Platz 10, Tel. 25261.
Geschäftstage von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nach.

Anzeigenpreis: die gehaltene Ausgabe 12,00 M., Familienanzeigen
8,50 M., die gehaltene Neumagazin 4,00 M. Bei mehrmaliger Abgabe
Ermäßigung. Anzeigen sind im vorraus zu bezahlen. Ohne Verpfändung
zur Abnahme an vorgefahrene Tagen. Für Briefübertragung 2 M.

Nr. 192

Dresden, Freitag den 18. August 1922

33. Jahrg.

Die neueste bayerische Krise

"Die ich rief, die Gleister, werd' ich nun nicht los!" So mag der bayerische Ministerpräsident, Graf Verchenfeld I.d., feiern, der in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, mit den Koalitionsparteien seiner eigenen Regierung einen schweren Kampf ausrichtet. Ein sittliches Schachspiel, das sich in München vollzieht! Die Regierung Verchenfeld wollte ein klein wenig den bayerischen Particularismus lassen, um vom Reich Zugehörigkeit zu erkennen, aber fand vor der dientbaren Geist aus der Flösche heraus, als er sich seines Gediebers bemächtigte und ihn mit dem Griff in den Raden anfuhr: "Tust du nicht alleß, was ich verlange, so breche ich dir das Genid."

Graf Verchenfeld war zunächst der Exponent einer bürgerlichen Mittelposition gewesen, die gegenüber dem vorangegangenen System sehr Roehn-Roth einen kleinen Schritt noch knaps bedeutete. Augenblicklich dokumentierte sich das dadurch, daß die bayerische Mittelpartei — trotz ihrem schönen Namen in Wirklichkeit die extreme Rechtspartei — aus der Koalition ausgetischt war. Raum aber begann Verchenfeld seinen Kampf gegen die Reichsregierung, als er seinen linken Flügel, die wahrlich nicht sehr demokratische bayerischen Demokraten, aus der Koalition hinausschob und statt dessen die Mittelpartei wieder hineinholte. Er wollte als Graf Verchenfeld, aber gestützt durch die alte stählernde Koalition, weiter regieren.

Durch dieses Experiment hat sich Verchenfeld in eine sehr heiße Situation gebracht, die allerdings vorausgesehen war. Raum vor die extreme Rechte in der Koalition drin, als sie nur auf den Stutz Verchenfelds und die Wiederaufrichtung des unverhüllten Regiments Röhr hinarbeitete. Die rüdenen Schlüffler der Rechten, der Miesbacher Amerikaner und der Volkische Heobadher, wurden gegen Verchenfeld gehetzt, um mußten mit Enttäuschungen aus Verchenfelds Privatleben drohen. Dieselben Leute, die fortwährend Reden gegen das "Regiment der Straße" schwangen, das angeblich im Reich und in Bayern herrenmäßig soll, mobilisierten ungemein ihre Straße gegen das Ministerium Verchenfeld. Eine Rebauhord wurde in den Landtag geschickt, um die Verhandlungen der Parteiausschüsse zu terrorisieren, und gleichzeitig demonstrierte man auf der Straße in Formen, die die Polizei ausdrücklich verboten hatte. Bayern ist bekanntlich ein "Ordnungsland" und München wird demnächst seinen Namen in "Ordnungssell" umbauen. Also griff natürlich die Polizei ein und verschaffte ihren Anordnungen Respekt? O nein, die Münchner Polizei ist von Roehners Seiten her gut gebilligt, sie weiß, daß sie ihren Schnell nur gegen sozialdemokratische Demonstrationen, aber nicht gegen nationalsozialistische Drönungskräfte entwenden darf. Also ließ sie die Straße nach wie vor zu schwünder Regierung Verchenfeld austoben und erklärte hinterher bedauernd, ein Einfahren sei nicht opportun gewesen.

Dieser kleine Zug zeigt, wie weit überhaupt die Regierung Verchenfeld als Verhandlungsfaktor gewertet werden kann. Er zeigt, wo in Wahrheit der Konflikt liegt. Die in München verharrakdierte und organisierte Reaktion lehnt sich gegen die Republik und ihre Schussecke auf, sie will mit Gewalt erzwingen, daß im Bayern alles beim alten bleibt. Nicht um bayerische Parteiverehrung handelt es sich für die aus Bayern einwandernden Rechtsradikalen, denen an sich der bayerische Particularismus ganz gleichgültig ist. Für sie geht es darum, daß die Reaktion weiter angestellt von Bayern aus wählen und intrigieren, Komplote schmieden und Morde anstiften kann, ohne dabei von irgendwelcher Polizei oder Gerichtsinstanz belästigt zu werden. Der bayerische Particularismus ist nur das Mittel, durch das dieser sächsische Zweck erreicht werden soll.

Die Regierung Verchenfeld geht mit den Zielen dieser Klique nicht einig, aber sie ist durch deren lärmendes und gewalttätiges Vorgehen sie sehr eingeschränkt, um ernsthaft etwas gegen sie zu unternehmen. Besonders hierfür ist auch das Verhalten der bayerischen Volkspartei, der größten unter den bayerischen Koalitionsparteien. Sie hat zwar nicht wie die Mittelpartei das Berliner Protokoll bisher unbedingt abgelehnt, aber sie hat auch nicht den Mut gefunden, es anzunehmen. Deshalb läriert sie hin und her, und hofft, die laufende Meute zu beruhigen, indem sie noch ein paar Sondergesetze herauszuladen will. Es kann aber mit Sicherheit gesagt werden, daß die Meute sich nicht beruhigen wird, so lange durch die Schusseckgebung für die Republik — nicht etwa bayerische Hoheitsrechte — sondern die reaktionären Machthabern mit Bayern bedroht werden.

Die Bayerische Volkspartei möchte, daß mit dem Reich weiter verhandelt wird, das aber bis zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen die bayerische Verordnung in Kraft bleibt. Das ist eine Verschleppungspolitik, auf die unsrer Ansicht nach das Reich sich unmöglich einlassen kann. Nach dem Berliner Protokoll sollte die bayerische Verordnung am 18. August aufgehoben werden. Die Reichsregierung kann nicht anders, als die Einneigung dieses Termins fordern. Sie kann dies um so eher, als ihr das Recht zusieht, im Weigerungsfall von sich aus die Verordnung außer Kraft zu setzen.

Im Berliner Protokoll ist die Reichsregierung bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gegangen. Wenn sie jetzt auch nur die Spur einer Neigung zu weiterer Nachgiebig-

keit zeigt, so härtet sie damit nicht die Regierung Verchenfeld, sondern verprüht damit nur den Appetit der rechtsradikalen Elemente, die auf dem Bruch zwischen Bayern und dem Reich hinzuheben.

Zwischen der Regierung Verchenfeld und der Reichsregierung in eine Beendigung möglich, nicht aber zwischen der Reichsregierung und den reichs- und republikeinischen Rechtsradikalen in Bayern. Läßt sich die Regierung Verchenfeld von diesen ins Schlepptau nehmen, so zerstört sie damit selber die Hoffnungsvollen Ansätze einer Einigung, die das Berliner Protokoll brachte. Eine Lösgung des Konfliktes auf gütlichem Wege sehen wir nur dann als möglich an, wenn die Regierung Verchenfeld auf die ursprüngliche Basis ihrer Existenz wieder zurückkehrt, das heißt die alte Koalition mit den Deutschen Freien bildet und die Mittelpartei aus der Regierung ausschließt. Das bedeutet allerdings den gleichzeitigen Entschluß, den Kampf gegen die rechtsradikale Frinde aufzunehmen. Der Entschluß ist für eine bürgerliche Münchner Regierung nicht leicht und wird erschwert dadurch, daß die Führer der bayerischen Volkspartei, die seit dem 1. August anbauen mit den Rechtsradikalen zusammen. Findet aber die Regierung Verchenfeld den Mut zu diesem Entschluß nicht, so ist eine folgenschwere Verzögerung der Kriege unabwendlich. Von der Reichsregierung verlangen wir jedenfalls, daß sie keinen Schritt über das Berliner Protokoll hinausgeht. Weiteres Nachgeben würde die Münchner Frinde nicht etwa verhindern, sondern nur noch mehr ermutigen.

Die Fronde gegen das Reich

München, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Koalitionsparteien sind heute zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, der auch die Mitglieder des Kabinetts anwohnen. Die Koalition hat die Berliner Vereinbarungen bestreikt, verzögert die Aushebung der bayerischen Verordnung und will neue Verhandlungen mit Berlin einzulegen, um die Macht zu diesem Entschluß nicht zu verlieren. Abends 8 Uhr trat der Ministerrat zusammen, um zu dieser Entwicklung Stellung zu nehmen.

Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben zu der Stellung des Ministeriums Verchenfeld: „Es ist noch nicht entschieden, ob Graf Verchenfeld und die übrigen Vertreter Bayerns, die in Berlin verhandelt haben, auch diese neue Aufgabe übernehmen wollen.“

Die Auffassung in unterrichteten parlamentarischen Kreisen neigt in allgemeiner Weise dazu, daß Graf Verchenfeld infolge dieser Desabutterung unter Umständen seinen Rücktritt erklären wird.

An der Mittwoch-Demonstration der Rechtsradikalen am Königsplatz hatte sich bereits der neue Kandidat, Herr

von Fahr, in aufsässiger Form beteiligt, während Graf Verchenfeld sich diese Demonstration in beobachteter Zurückhaltung anschaut. Folgende Aussöhnung der Staatszeitung über diese Massenverherrung dürfte zweifelslos auf Verchenfeld zurückzuführen sein:

„Die Demonstration zeigt, mit welcher Gewissenlosigkeit und Überflüssigkeit der Name Deutsche propagiert und als Beihilfe mindestens gemacht wird. Während gestern die verantwortlichen Parlamentarier in eifriger Arbeit die Berliner Abmachungen in allen Einzelheiten prüften, bat man draußen am Königsplatz gespielt, mit ein paar volkstümlichen Reden die schwierige Lage Neunburg zu lösen zu können. Die Herren, die gekommen waren, bewiesen damit kaum den Bedeutungswert für eine Revolutionsrolle Rolle in der Politik erachtet haben. Es ist geradezu eine Fächerlichkeit, zu behaupten, daß zwischen dem Grafen Verchenfeld und dem Reichspräsidenten einer ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sei.“

Demzufolge sieht es nicht so aus, als ob Graf Verchenfeld die Absicht hätte, der Bayerischen Volkspartei und deren unberparlamentarischen Schafmännern bis zum Auferstehen zu folgen. Zum mindesten wird stark bezweifelt, ob Graf Verchenfeld persönlich die Verhandlungen mit Berlin wieder aufnehmen wird. Nach Ausführungen des Ministerpräsidenten im Landtag ist anzunehmen, daß er so lange wie irgend möglich seine Stellung beibehalten wird, um Schlimmes zu verhindern und um nicht vorzeitig einem Fahr oder Roth den Platz zu räumen. Die Auslösung der Kabinettswelle wird also lediglich von dem Gang der parlamentarischen Entwicklung in bayerischer Landlage und den Vollmachten der neuen Unterhändler mit Berlin abhängen.

Russische und bayerische Reaktion

München, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Das kommunistische Organ Münchens Die Neue Zeitung bringt eingehendes Material über die Herstellung von zartischen Flugblättern in der Münchner Druckerei Oldenburg, die bekanntmachen reichsdeutsche Flügelchen beschäftigt. Die Flugblätter enthalten zwei Aufrufe des Großfürsten Kirill an die aus Russland vertriebenen gegenrevolutionären Organisationen.

Verchenfeld lehnt ab

Die neue Kommission für Berlin.

Graf Verchenfeld soll es, nach einer Meldung aus München, abgelenkt haben, zum zweiten Mal als Unterhändler nach Berlin zu gehen. So wird diesmal eine aus andern Regierungswertein zusammengezählte Kommission nach Berlin fahren, die ganz bestimmte Weisungen hat. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung wissen will, wird die Kommission bereits heute nach Berlin abreisen.

Um die Heilige Stadt

Es ist kein Zufall, daß im Augenblick der Londoner Konferenz der griechisch-türkische Konflikt von neuem aufgelöst wird. Nachdem man infolge beiderseitiger Erichöfung seit Monaten zu einer Art Waffenstillstand gekommen ist. Es ist kein Zufall, daß jetzt im Augenblick, wo sich in London die Staatsmänner der Entente im hartem, zähnen Klingen gegenüberstehen, griechische Truppen in Rodostos landeten, 120 Kilometer vor den Toren Konstantinopels, zwei Tagesschritte von der Schwarzmeerküste entfernt, den einzigen Hindernis auf dem Wege nach der türkischen Hauptstadt.

Was bewegt Griechenland mit seinem Vorgehen? Zum Friedensvertrag von Sèvres vom 10. August 1920, der bis heute noch nicht ratifiziert ist, wollten die Türken in Europa auf Konstantinopel und auf einen kleinen Streifen um die Hauptstadt befürwortet werden, und ihnen zugleich ihre reichen kleinasiatischen Provinzen, wie Esmirna und Armenien, abgenommen werden. Die türkische Regierung in Konstantinopel, die sich völlig in den Händen der Entente befindet, mußte diesen Vertrag akzeptieren. Aber in Ankara bildete sich eine zweite Regierung, die die eigentliche Macht Kleinasiens hinter sich hatte, und die sich weigerte, den Sèvres-Vertrag zu unterzeichnen. In der Tat noch Joch nach bei der Hand, einen Kriegsplan auszuarbeiten, um die Angarner Türken mit Gewalt zur Unterwerfung zu zwingen. Aber die englischen, französischen und italienischen Botschaftsvertretungen hatten kaum Soldaten und Gelder für dieses kleinganze Abenteuer bewilligt. So mußte denn das griechische Heer für die Entente eintreffen. Man könnte mit wenigem Erfolg. Aber die Türken erreichten mit ihrem Widerstand, daß der Sèvres-Vertrag ungestopft, und auf der Pariser Orientkonferenz im März dieses Jahres die den Griechen gemachten Zugeständnisse beträchtlich eingeschränkt wurden: ganz Kleinasien, also auch Esmirna und Armenien, sollten die Türken erhalten, und in Europa sollte der Hafen von Rodostos, in dem die Griechen jetzt ihre Truppen landeten, wieder an die Türken zurückfallen. Adrianopolis dagegen den Griechen verbleiben.

Auf die Drohung der Griechen kam und infolge der beiderseitigen Erichöfung erklärten sich in diesem Februarjahr beide Parteien zum Waffenstillstand bereit. Es fanden auch fortgesetzte Verhandlungen statt. Man konnte sich aber nicht ein-

mal über den Ort einigen, an dem verhandelt werden sollte. Wenn die Griechen jetzt dem stilisierte Waffenstillstand ein Ende machen und gegen Konstantinopel marschiieren, so wollen sie nicht nur Angora zum Frieden bringen, sondern sie hoffen auch, die Pariser Abmachungen des Sèvres-Vertrages wieder zurück zu revidieren. (Dem gleichen Zweck dient die Autonomieerklärung Smyrnas innerhalb des griechischen Staatsverbandes.) Zum mindesten wollen sie sich Konstantinopel als Hauptstadt für die weiteren Verhandlungen sichern, für dessen Rückgrat die Zugesondnisse in Samothrake und Thrakien verlangen können.

Die Drohung Angoras, daß man einen griechischen Angriff auf die Schwarzmeerküste-Tiellung mit einem sofortigen Börsenangriff auf Konstantinopel beantworten würde, dürfte die Griechen kaum schrecken. Schwerer wiegt ihnen die Möglichkeit, daß der Konflikt sich auf die anderen Balkanstaaten erweitern könnte, die von Frankreich aufgeweckt werden, und die allerdings ein Interesse daran haben, daß Griechen selbständig oder internationalisiert wird. Sofern die Griechen mit dieser Möglichkeit rechnen, erkennt man aus ihrer Presse, die bereits die Stärke der etwaigen Bulgarien, rumänischen und jüdischen Kavallerie trug, dass sie auf die Gewalttat in Samothrake und Thrakien verlangen können.

Fürs erste würde dem griechischen Bormarsh durch das Einsetzen der Entente ein halt geboten. Denn sowohl Frankreich wie Italien sind gegen Griechenland. Und auch England würde kaum bereit sein, die Griechen wirklich nach Konstantinopel hineinzuladen mit Rücksicht auf die 70 Millionen Mohammedaner in den englischen Kolonien. Auch ist die moslemische Drohung, daß die Verteidiger Konstantinopels bei einem griechischen Angriff auf die "heilige Stadt" ein furchtbares Blutbad unter den Christen anrichten würden, wohl mit ohne Wirkung gewesen.

Denfalls haben die Griechen bisher wenig Dank von der Entente gernernt. Frankreich, das keinen Widerspruch gegen den türkfeindlichen Frieden von Sèvres erhoben hatte, machte der Durchführung des Vertrages fortwährend Schwierigkeiten, und England, das die Griechen zu ihrem Vorschein ermuntert und veranlaßt, hindert sie jetzt an ihrem Bormarsh gegen Konstantinopel. Man erkennt daraus zugleich die Großzügigkeit — im guten und schlechten Sinne —

der Erholung der wirtschaftlichen Befreiung oder politischen Unabhängigkeit werde.

Die britische Presse fordert einer starker Betonung des Reichsvertrages: Es ist klar, wann Reparationen auf und unter nachdrücklichem Hinweis, welche Katastrophe Deutschland unter Zusammenbruch für die ganze Welt bedeuten würde, das Land endlich sich vom Mahnschlag einer Politik abhebe, die sich und aller Welt eingedenken beschreibt. Deutschland könnte und müsse alles bezahlen.

Reparationsstreit — neue Konferenz

London, 18. August. Der Pariser Berichterstatter der Times spricht über die angekündigten Bemühungen, die unternommen werden, um die Reparationskommission in den Stand zu setzen, einen Weg aus dem Reparationsdilemma zu finden. Man sei ernsthaft auf der Suche nach einem Kompromiss. Die Lage scheint ebenfalls teilswohl so hoffnungsvoll wie vor 24 Stunden. Am anderen Tag erwartet neuen Konferenz, darüber Deutschland und Amerika einmachen. Deutschland möchte an einer etwaigen Konferenz im gleichen Gleichberechtigt mit den anderen Nationen teilnehmen. Tatsächlich sei sicherlich ein interessanter Teilnehmer bei einem solchen Vertrag, eine abzügliche Lösung zu finden. Man hofft, daß die Vereinigten Staaten nicht ablehnen würden. Ohne Deutschland und die Vereinigten Staaten müßte der Plan einer Zusammenkunft im Herbst fallen gelassen werden.

London, 18. August. In einem Berichterstattbericht schreiben die Times, man könne die Haltung Deutschlands beurteilen wie man will, der Sturm der Rache sei systematisch auf einen Prozeß gelegt, der nicht fortwähren dürfe. Die Tatsache allein, daß die Reparationskommission nach einem Kompromiß und nach Gründen einer Verschiebung des ganzen Problems führt, sei ein hoffnungsvolles Zeichen. Man betonte vor allem, daß Frankreich fest entschlossen sei, nicht selbstständig vorzugehen.

Frankreichs Schulden an Amerika

Paris, 17. August. Der Chicago Tribune zufolge teilte die französische Regierung vor einigen Tagen der amerikanischen Regierung offiziell mit, daß die Bezahlung der Schulden oder Zinsen von Amerika von den deutschen Reparationszahlungen abhängig sei. Frankreich werde aber nicht die Zahlungen an Amerika wieder aufnehmen, wenn die deutschen Reparationszahlungen wieder einzuziehen, sondern erst dann, wenn es vollständig in den Besitz der 90 Milliarden Papierfrank gelangt sei werden, die Frankreich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete schon an Stelle Deutschlands ausgegeben habe. Das Blatt schreibt, dies würde bedeuten, daß Frankreich während 40–50 Jahren nichts an Amerika zahlen wolle. Die amerikanische Schuldenkommission soll den französischen Vertreter vor einiger Zeit ersucht haben, einen bestimmten Vorschlag über die Bezahlung der französischen Schulden zu machen. Die französische Regierung ließ durch Portementier erklären, daß sie einen bestimmten Vorschlag nicht vor zwei Jahren machen könne. Die Schuldenkommission erhielt daraufhin um eine bestimmte Antwort, worauf die eingangs genannte Antwort erfolgte.

Geldentwertung und Sozialversicherung

Durch die fortwährende Geldentwertung sind die für die Angestellten vorgesehenen Versicherungsgrenzen in der Kranken- und der Angestelltenversicherung vollkommen überholt. Der Generalverband der Angestellten hat deshalb mit den übrigen Staatsverträgen des Reichsarbeitsministeriums in einer Einigung auf diese Tatsache hingewiesen und unter Zugrundezahlung der Erhöhung, die durch das Gesetz über Änderung von Geldbezügen in der sozialen Versicherung vom 9. Juli 1922 der Reichsregierung übertragen worden ist, gebeten, auf dem Verordnungswege die Erhöhung dieser Gehaltsgrenze vorgenommen.

Der Einigungsvertrag sieht eine Herabsetzung der Krankenversicherungsgrenze für Angestellte von 72 000 R. auf 300 000 R. und einer Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung von 100 000 R. auf ebenfalls 300 000 R. beantragt.

Kleine politische Nachrichten

Verbotene Zeitungen

Am 2. Juni wurde von der Polizeibehörde in Hamburg die Hamburgische Warte beschlagnahmt. Das Hanseatische Amtsgericht Hamburg bestätigte am 1. Juli diese Beschlagnahme, worauf das Blatt für den Umlauf der Provinz Schleswig-Holstein für die Zeit vom 8. Juli 1922 bis einschließlich 2. Januar 1923 vom Oberpräsidenten verboten wurde. Auch für das Hamburgische Staatsgebiet wurde die Hamburgische Warte verboten. Die Herausgeber holten jedoch nach München über und gab dort die Wochenzeitung Friedericus heraus. Die neue Friedericus steht jetzt vollkommen mit der Hamburger Warte. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat nunmehr auch den Friedericus wegen fortgesetzter Beschimpfungen und Verachtlichmachung der republikanischen Reichsregierung auf die Dauer vom sozialen Komitee der kommunistischen Internationalen, in dem eine Verabschiedung von Mitgliedern der republikanischen Regierung des Reiches und der Länder" erkläre wird.

Die Berliner Rote Rasse ist auf drei Wochen vom 19. August bis 8. September 1922 verboten worden. In der vom Staatssekretär Freund als Vertreter des beurlaubten Ministers unterzeichneten Begründung des Verbots werden zwei Arten der Roten Rasse als Anlaß genannt. In der Morgenausgabe vom 28. Juli soll das Blatt der bürgerlichen Regierung wiederholt den Vorwurf des Hochverrats gemacht haben. Bei der Morgenausgabe vom 10. August erschien ein Aufkunfts des Kreisfunkomitees der kommunistischen Internationalen, in dem eine Verabschiedung von Mitgliedern der republikanischen Regierung des Reiches und der Länder" erklärte wird.

Berliner Witterungsgebungen

Die Festlegung derhausmieten auf das Vier- bis Vierenhälfte des Reichsvertrages durch das Magistrat der Stadt Berlin rief die zentralen Körperschaften der Witterungsverbände bereits gestern zum Protest auf den Plan. In einer großen Auskündigung wird heute abend in Berlin gegen die vom Magistrat überreichte Vorlage Verhandlung eingelegt. Der Rentenratgeber verbündet sich, dem Geschäft des Magistrats schriftlichen Widerstand entgegenzulegen.

Die Gehaltsverhandlungen der Beamten, Angestellten, Arbeiter vor dem Abdruck

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtmeldung.) Nach 10stündigen Beratungen wurden die Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs der Länder und Kommunen nach 1 Uhr morgens abgebrochen. Regierungskreise und Verhandlungskommission erklärten, daß ihre Vollmacht erschöpft und zunächst neue Verhandlungen mit der Regierung bzw. den Organisationen notwendig seien. Nach erfolgter Abdruckrede traten die Parteien heute vormittag um 10 Uhr zur Weiterberatung zusammen. Es besteht die Absicht, die Verhandlungen noch im Laufe des Tages zu Ende zu führen, damit am Abend das Kabinett zu dem Resultat Stellung nehmen kann. Alle Verhandlungen zur schleunigen Auszahlung der Wehrkasse sind von den amtlichen Stellen bereits getroffen, so daß mit der Auszahlung der Wehrkasse nach erfolgter Zustimmung durch Reichskanzler

An den Herrn Bürger!

Mit viel Vergnügen hat der Herr Bürger, der honeste Mann und gute Patriot aus Wilhelmshaven, in den Zeitungen den Bericht der Bergarbeiterkonferenz gelesen, der sich mit Deutschlands katastrophaler Kohlenlage beschäftigt. Die Bergarbeiter haben geprüft und erkannt, daß der Kohlenvorrat im Ruhrgebiet nur noch minimal ist und die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle im Winter ernsthaft bedroht erscheint. Die Bergarbeiter haben festgestellt, daß diese kritische Situation hauptsächlich durch das Diktat von Spa, d. h. durch die übermäßigen Kohlenförderungen der Entente herbeigeführt worden ist. Eine Revision und Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen an die Kriegslieder ist die erste Notwendigkeit. Darüber hinaus aber haben die Bergarbeiter sich auch der heimlichen Einsicht nicht verschlossen, daß die Produktion erhöht werden muß, um dem dringenden Bedürfnis gerecht zu werden. Der Beschluss des Bergarbeiterlagers läßt durchblicken, daß die organisierten Bergarbeiter bereit sein werden, in dieser Richtung erhöhte Anstrengungen zu machen, sei es, daß sie Arbeit selbst intensiver zu gestalten suchen, sei es, daß sie sich zu einem neuen Überlebenskampf ankommen verstehen.

Einen Überlebenskampf hat schon einmal bestanden. Schon einmal haben die Bergarbeiter freiwillig ihre Arbeitszeit verlängert, um eine Kohlenkatastrophe von Deutschland abzuwehren. Man hat Ihnen diese Opferwilligkeit nicht gut gesehen. Man hat nichts getan, um auch andre Kreise zu der gleichen Opferwilligkeit für das Vaterland anzuhalten.

Man hat den Bergarbeitern in den Wohnfragen, bei den Betriebsräten, und in den organisatorischen Angelegenheiten tiefste Schwierigkeiten gemacht. Vereinbarten will man die Überlebenskampfkommunen mit den Organisationen; die Organisationen sollen es auch bei den Mitgliedern durchsetzen. Aber wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, soll er gehen. Wenn die Organisation für die Opfer, die sie bringt, als Gegenleistung fordert, daß auch die von ihnen erkämpften Vorteile nur den Organisationen und ihren Mitgliedern zugute kommen, dann lehnt man einen solchen „Organisationszwang“ als ganz unmöglichen Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit ab. Lehnt ihn entrüstet ab durch solche Leute, die längst die ganze Industrie vertrüsten und keinen Aufenthaltsort dulden.

Trotz alledem waren die Verhandlungen über ein neues Überlebenskampfvertrag im Fluss, als der Rathenau-Mord mit einem Schlag jede Verhandlungsmöglichkeit darüber zerstörte. Erst jetzt, nach Wochen, hat man wieder da angeknüpft, wo seinerzeit die Brutalität der Reaktion alle Keime einer wirtschaftlichen Hoffnung zerstört hatte. Der gute Bürger liest mit Beifriedigung, daß die Bergarbeiter wiederum bereit sind, freiwillig neue Arbeitslosen auf sich zu nehmen.

Aber meine Herren Bürger, was tut Ihr gegen die hereinbrechende wirtschaftliche Katastrophe? Was opfert Ihr dem Gemeinwohl?

Die Preise aller Rohstoffe sind in wahnsinniger Höhe gestiegen, aber der Marktzustand war doch noch ratscher. Bei einem Dollarland von mehr als 1000 bleiben die deutschen Preise wiederum um mindestens 20 Prozent

und Überwechselfauschaf des Reichstages, der bekanntlich am Montag zusammentritt, schon am Dienstag erfolgen kann.

Der Landarbeiterstreit geht weiter

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtmeldung.) Der Landarbeiterstreit im Kreis Aulam, der am 11. August begann, geht in dem bisherigen Umfang weiter. Beteiligt sind 14 Güter mit 500 Arbeitern. Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber verlangten von dem Deutschen Landarbeiterverband die Anerkennung der Arbeitnehmergruppe des vormärkischen Landbundes. Diesem Verlangen konnte von gewerkschaftlicher Seite nicht zugestimmt werden.

Das Ende des blauen Rosses

Wie der Berliner Lokalangehörige erfahren, ordnet der Reichspräsident an, daß noch dem 1. August 1923 den auscheidenden Offizieren nicht mehr die Uniform des alten Heeres, sondern nur noch die der jetzigen Reichswehr verliehen werden darf, selbst wenn die betreffenden Offiziere ihre Hauptdienstzeit in einem Truppenteile des alten Heeres zugebracht haben.

Enver-Pascha tot

London, 17. August. Enver-Pascha hat am 4. August zärtlich von Buchara in einem verzweifelten Kampf mit den Roten Truppen den Tod gefunden.

Aus aller Welt

Der Avarie gehoben

Hamburg, 17. August. Den vereinigten Gemüthen der Bergungsgeellschaften ist es gelungen, den am 16. Juni gesunkenen Dampfer Avarie, der für den Hamburger Hafengebiet ein schweres Hindernis war, heute vormittag zu heben. Bei der Bergung wurden im Innern des Schiffes noch fünf Leichen geborgen, deren Verhältnisse infolge der fortgeschrittenen Verfaulung nicht festgestellt werden konnten.

Neueste Telegramme

Die neue bayerische Kommission

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 18. August. Der Reichskanzler hatte heute vormittag mit dem Reichserziehungsminister eine Verhandlung, um ihm über die Forderungen der bayerischen Koalitionsparteien zu berichten. Man nimmt an, daß von der Reichsregierung einige Erklärungen verlangt werden, die sozialer Natur sind und daß Berliner Prinzip nicht abändern werden. Ministerpräsident Lederhose steht heute vormittag den Vertretern des Reiches in München, Grafen Reuß, zu sich bitten, wahrscheinlich um ihm von der Forderung der bayerischen Regierung zu unterrichten.

Die Verordnung der bayerischen Regierung wird heute noch nicht aufgehoben werden, aber man hofft in amtlichen Berliner Kreisen, daß die Aufhebung in den allernächsten Tagen erfolgt und daß man nunmehr recht bald zu einer Einigung mit Bayern kommt.

München, 18. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die Beratungen des bayerischen Gesamtministeriums mit den Koalitionsparteien wurden heute morgen fortgesetzt. Nach längeren Beratungen wurde beschlossen, eine Kommission nach Berlin zu den Verhandlungen zu entsenden. Die Kommission wird geführt von dem Innenminister und dem Justizminister, die bereits beide die Kreise nach Berlin anreisen. Ministerpräsident Graf Lederhose, der sich während dieser Verhandlung äußerste Zurückhaltung auferlegt haben soll, hat die Führung der Kommission übernommen.

W

Waffenstillstand der Wolfsburg, Oder, Elbe und Elster

Wohrt 16. 17. Wohrt 16. 17.

Wolfsburg 16. 17. — 2 — 8

Wolfsburg 16. 17. — 8 + 44

Oder Jungfernau 16. 17. — 20

Elbe 16. 17. — 54 + 80

Elster 16. 17. — 20 + 55

Ruhr 16. 17. — 168 + 187

Wanne der Elbe in Dresden 16. 17. — 369 + 372

